

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Faire Arbeitsbedingungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf die Situation tarifbeschäftigter Lehrkräfte abgestimmte Regelungen geschaffen werden können, die eine Übernahme des Dienstrechts, das für beamtete Lehrkräfte gilt, entbehrlich macht. Dabei ist zu berücksichtigen:

1. Darstellung der Regelungen des Dienstrechts beamteter Lehrkräfte, die auf tarifbeschäftigte Lehrkräfte übertragen werden.
2. Entwicklung von Stellen- und Aufgabenbeschreibungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte, die unter anderem die Unterrichtsverpflichtung, die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, die Korrekturzeiten, Konferenzen sowie Dienstbesprechungen, die Elternarbeit, die Aufsichten, Pflichten zur Dokumentation und Verwaltung sowie die Betreuung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Studierenden berücksichtigt.
3. Schaffung von transparenten Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten für tarifbeschäftigte Lehrkräfte.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2014 zu berichten.

Begründung:

Seit 2004 verzichtet das Land Berlin auf die Verbeamtung von Lehrkräften. Mittlerweile arbeiten rund 9.000 tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrern an den Berliner Schulen. Das aktuell geltende Dienstrecht unterstellt jedoch nach wie vor die beamteten Lehrerinnen und Lehrer als Regelfall. Um für angestellte Lehrerinnen und Lehrern in Berlin attraktive, verlässliche und auf ihren Status als Tarifbeschäftigte zugeschnittene Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist die Etablierung äquivalenter Regelungen zum Dienstrecht notwendig. Die weitgehende Übertragung der für beamtete Lehrkräfte geltenden Regelungen auf die tarifbeschäftigten Lehrkräfte ist nicht angemessen, da den Angestellten so die Pflichten der Beamtinnen und Beamten auferlegt werden, nicht aber die Privilegien. Um den politisch gewollten Übergang hin zu angestellten Lehrkräften für die Betroffenen angemessen zu gestalten ist die Schaffung eines eigenständiger und widerspruchsfreier Regelungen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte dringend notwendig.

Berlin, 09. April 2014

Saleh Özışik
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Schlede
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU